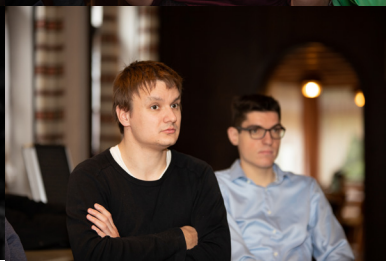
Das jungliberale Magazin für Baden-Württemberg | Ausgabe 01/2019

Juliette

Wie steht es um unsere Gesundheit?



IMPRESSUM

Redaktion, Gestaltung und Satz
Valentin Gölz

Verantwortlich i.S.d.P.
Marvin Ruder

Herausgeber
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Marvin Ruder
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart
www.julis-bw.de

Druck
DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrischried

Auflage und Bezug
1.750 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder, Interessenten und Unterstützer der Jungen Liberalen Baden-Württemberg sowie an Mandatsträger der Freien Demokraten.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Satzfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

Editorial

Liebe JuLis,
liebe Leserinnen und Leser,

Die Gesundheitspolitik ist ja immer wieder in den Medien. Mal geht es um den Ärztemangel auf dem Land, mal um fehlendes Pflegepersonal in den Krankenhäusern und manchmal auch einfach nur um die Frage, wer das ganze am Ende bezahlen soll.

Doch viel zu selten passiert tatsächlich auch etwas. Gerade neue und technologisch fortschrittliche Ideen werden – wenn überhaupt – viel zu langsam umgesetzt. So existiert das Konzept der Telemedizin schon seit Jahrzehnten, bereits in den 1980er-Jahren wurde sie erprobt. Natürlich gab es damals noch nicht dieselben technischen Möglichkeiten, welche heute zur Verfügung stehen, aber spätestens seit es FaceTime gibt, hätte man das Konzept ausbauen können.

IN DIESER AUSGABE

Der Beruf des Pflegers muss ernstgenommen werden! 4
Lionel Chambon

Gesundheit? Gesundheit! 6
Jochen Haußmann MdL

Deutsche Psychotherapie in der Krise 8
Barbara Eggers

Heilmittelerbringer 10
Laura Gareis

CRISPR und Co. 13
Dr. Wolf Hirschmann

Liberales FaceOff – Private Krankenkassen 16
Linus Kretschmer und Chris Dörsam

Dreikönig – Das liberale Familientreffen 18
Roland Fink

Das Landesprogrammatische Wochenende 2018 21
Benedikt Eisele

Einladung zum 75. Landeskongress in Schwäbisch Hall 22

Stattdessen herrscht in der deutschen Gesundheitspolitik scheinbar Ratlosigkeit. Auch das Gesundheitsministerium trägt nicht zu einer Besserung bei. So muss Gesundheitsminister Jens Spahn nach einem sogenannten „Dienstjahr“ rufen, weil es aufgrund von jahrelanger Misswirtschaft offensichtlich anders nicht mehr möglich ist, pflegebedürftige Menschen in diesem Land zu versorgen. Dass jetzt unsere junge Generation dafür aufkommen soll, ist aus liberaler Sicht nicht hinnehmbar.

Und es gibt noch mehr spannende Themen in der Gesundheitspolitik. Erst kürzlich wurde bekannt, dass der chinesische Forscher He Jiankui einen genetischen Eingriff an menschlichen Embryonen vorgenommen hatte. Die kurz darauf ausgebrochene Welle der Empörung zeigt zum einen, dass wir noch am Anfang weitreichender Veränderungen in der Gentechnik stehen, und zum anderen, dass es einen gesellschaftlichen Diskurs braucht, welcher sich den ethischen Fragen des 21. Jahrhunderts stellt.

In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine gute Unterhaltung. Hoffentlich sehen wir uns bald auf dem nächsten Landeskongress der JuLis Baden-Württemberg in Schwäbisch Hall!

Valentin Gölz ist Beisitzer für Publikationen und Chefredakteur der Juliette.

Den Beruf des Pflegers – wir müssen ihn endlich ernst nehmen!

Der Pflegenotstand war in den Medien im letzten Jahr ein heiß diskutiertes Thema. Im Fernsehen zeigten Sender gerne Bilder aus Altenheimen, in denen junge Pflegerinnen und Pfleger Senioren aus dem Bett oder in die Schuhe helfen, gleichzeitig konnte über Pfleger lesen, wie diese oft unter extremem Stress und Überstunden teilweise viel zu viele Patienten gleichzeitig betreuen mussten, Burnouts und Kündigungen waren die Folge. Die Bevölkerung wächst und wir scheinen nicht darauf vorbereitet zu sein.

Im November letzten Jahres wendete sich eine Krankenpflegerin daher direkt per Facebook an Gesundheitsminister Jens Spahn und schildert dramatische Zustände: Pfleger hätten keine Zeit, Patienten zum Toilettengang zu begleiten oder rechtzeitig Schmerzmittel zu verabreichen. Pfleger stünden dermaßen unter Stress, dass sie völlig vergessen würden, zwischendurch selbst etwas zu trinken oder zu essen. Das Pflegesystem stürze ein wie ein Kartenhaus. Widerliche Szenarien für Patienten, Pfleger und Angehörige.

Angehörige, welche zum Beispiel ihre Eltern zuhause pflegen, stoßen oft an körperliche und psychische Grenzen. Wenn man als Erwachsener miterleben muss, wie die eigenen Eltern dement oder bewegungsunfähig werden, wie sie vergessen zu duschen oder zu trinken, beschließen diese oft schweren Herzens, die Eltern in einem Pflegeheim unterbringen zu lassen. Oft fühlt man sich, als hätte man die eigenen Eltern im Stich oder alleine gelassen, doch muss man als Erwachsener nicht selbst seinen Pflichten nachgehen, sich zum Beispiel um die eigenen Kinder kümmern? In Pflegeheimen erhofft man sich für Angehörige professionelle Betreuung, bei der der Patient im Mittelpunkt steht und rund um die Uhr versorgt werden kann. Leider sind unsere Pflegeheime aufgrund von akutem Fachkräftemangel weit davon entfernt. Für 2019 hat das Gesundheitsministerium bereits erste Maßnahmen ergriffen, 13.000 neue Stellen werden geschaffen, mit hübschen Flyern, Annoncen und Plakaten wirbt das Ministerium für einen Beruf, der „mehr als ein Beruf“ sei. Doch reicht das?

Zumindest hat das die Regierung die Problematik erkannt und Maßnahmen ergriffen. Ich halte diese jedoch für nicht weitreichend genug. Von jungen Menschen, die ein pflichtführendes „Sozialpraktikum“ für die Schule an Altenheimen absolvieren, höre ich oft ein ähnliches Berufsbild: der Beruf sei zu stressig und schlichtweg schlecht bezahlt. An dieser Stelle möchte ich eines vorschlagen: den Beruf des Pflegers zu verbeamten. Meiner Meinung nach muss der Staat deutlich tiefgehender eingreifen, bei der Altenpflege kann und darf die „Pflegeindustrie“ mit einzelnen Pflegeheimketten nicht die Hauptrolle spielen. Ich stelle mir das ähnlich wie bei Schulen vor: Pflegeheime gehören dem Land und die Landesregierung entscheidet, wo diese gebaut werden. Die Bundesregierung müsste für alle

Länder eine Mindestquote an Heimen und Pflegerstellen festlegen. Menschen, die sich für den Pflegeberuf bewerben wollen, sollten über Landesgrenzen hinweg einheitlich ausgebildet werden. Eine Verbeamtung der Pfleger wäre für mich ein eindeutiges Signal, dass Regierungen die Thematik der Altenpflege ernst nehmen würden. Für einen jungen Bewerber sind soziale Absicherungen und ein sicheres Einkommen deutlich attraktiver als ständig unter Strom stehen zu müssen, unklar wie viele Überstunden noch auf einen zukommen. Letztendlich muss natürlich auch das Gehalt der Pfleger erhöht werden, auch als Zeichen der Wertschätzung und Dankbarkeit.

Leider ist es hier noch lange nicht getan, denn kurzfristig werden sich immer noch zu wenige für den Pflegeberuf bewerben, selbst wenn dieser verbeamtet sein sollte. Daher muss es möglich sein, Einwanderung und den Pflegeberuf zu koppeln: entschließt sich ein Asylbewerber oder Einwanderer dazu, sich als Pfleger ausbilden lassen zu wollen, sollte es für ihn eine während der Ausbildung bedingungslose Aufenthaltsgenehmigung geben, die sich nach der abgeschlossenen Ausbildung uneingeschränkt fortsetzt. So würden wir meiner Ansicht nach kurz- und mittelfristig dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Nebenbei sollte es auch möglich sein, ausländische Fachkräfte auch für kurze Zeit, zum Beispiel sechs Monate, ins Land zu holen, die mithilfe eines Kompakttrainings kleinere Tätigkeiten in Pflegeheim übernehmen könnten, um so die fest angestellten Pfleger bei Bedarf effektiv zu entlasten.

Aus meiner Sicht wird die Bedeutung der Betreuung älterer Altersgruppen in Deutschland unterschätzt. Daher sollten Schritte in diese Richtung mindestens in Betracht gezogen werden. Langfristig werden kompetente Pfleger genauso benötigt und wertvoll sein wie kompetente Lehrer, wenn die Anzahl der Pflegebedürftigen wie erwartet zunimmt. Mit derselben Energie, wie wir für alle Kinder Zugang zu hochwertiger Bildung ermöglichen wollen, müssen wir für unsere Senioren eine würdevolle Pflege garantieren. Damit kein einziger Patient vernachlässigt wird und kein Pfleger mehr mit einem Burnout aus seinem Beruf nachhause kommt.

Lionel Chambon ist JuLi-Mitglied im Kreisverband Reutlingen.

Gesundheit? Gesundheit!

Die Gesundheitsversorgung ist ein wesentlicher Faktor, um das Leben vor Ort in den Städten und Gemeinden lebenswert zu gestalten. Sie ist eine unabdingbare Voraussetzung, um gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land sicherzustellen. An erster Stelle steht die ärztliche Versorgung. Hier erachten wir die Wiederherstellung der Attraktivität des Arztberufs als wesentliche Stellschraube. Mit dem Papier „Versorgungskonzept der Zukunft“ wurden die wesentlichen Handlungsfelder identifiziert. Es müssen Angebotsformen entwickelt werden, die den Interessen der Ärztinnen und Ärzte gerecht werden. Dabei geht es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Entlastung von Bürokratie. Viele wollen heute nicht mehr in einer Einzelpraxis arbeiten und alle Last auf sich nehmen. Deshalb ist zu überlegen, wie die bisherigen Förderprogramme des Landes weiterentwickelt werden können, um Ärztehäuser zu entwickeln, die deshalb nicht gleich ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) sein müssen. Die Wege zur Anstellung sind zu vereinfachen und dabei ist die Option auf eine spätere Niederlassung in Freiberuflichkeit zu stärken. Ganz generell muss die Bürokratie endlich zurück gedrängt werden und nicht nur davon die Rede sein. In Zeiten der Digitalisierung ist es ein unhaltbarer Zustand, dass die Ärztinnen und Ärzte sich im beruflichen Alltag in der Arztpraxis sich noch immer mit bis zu 80 Formularen herumschlagen müssen. Auch bietet die Telemedizin große Chancen, um die Versorgung zu verbessern. Das betrifft insbesondere chronisch kranke Menschen oder auch einfachere Erkrankungen, bei denen man sich einen Rat einholen will. Doch denken wir auch einmal von den Grundlagen des Berufs her. Hier wurden beim Zugang zum Medizinstudium bereits richtige Entwicklungen angestoßen, um von einer Notenfixierung wegzukommen und den sich tatsächlich berufen Fühlenden und qualifizierten jungen Menschen auch ohne Einser-Abitur einen Einstieg zu schaffen. Die Betonung der Allgemeinmedizin im Studium ist zudem ein wichtiger Punkt, um für diesen abwechslungsreichen und spannenden Beruf zu begeistern. Und schließlich muss es auch um Verbesserungen im so genannten Praktischen Jahr gehen. Viel zu oft, werden diese angehenden Ärztinnen und Ärzte mit einem Taschengeld oder gar ganz ohne Entgelt abgespeist. Das wäre in anderen Berufen unvorstellbar und sollte der Vergangenheit angehören.

Gesundheit wird in Zukunft auch mehr gesamtheitlich zu sehen sein. Nicht nur sektorenübergreifend, also ambulant und stationär vereinend, sondern auch interdisziplinär unter Einbeziehung des besonderen Ansatzes der Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker. Baden-Württemberg ist das Heimatland der Naturheilkunde. Hier sitzen zahlreiche namhafte Hersteller von Naturarzneimitteln. Wir Freien Demokraten sollten für diese Vielfalt unter dem Leitbild des mündigen Patienten eintreten.

Das Stichwort Krankenhäuser fiel bereits. Hier brauchen wir dringend eine Neuausrichtung der Krankenhausplanung und Investitionsförderung des

Landes, wie wir es seit Jahren einfordern und in einem Positionspapier festgehalten haben (https://fdp-dvp-fraktion.de/service-und-dienste/downloads/). Es muss transparent klar werden, an welchen Standorten im Land es welche Angebote in welcher Qualität geben soll und wie die konkreten Zuwendungen ausgestaltet sind. Das Instrument der Qualitätssteuerung ist verantwortungsbewusst weiterzuentwickeln. Und es braucht Fördertransparenz hinsichtlich der Zuwendungen des Landes für Investitionen in Krankenhäuser. Denn dies hat noch viel zu oft in gewisser Weise den Charakter einer Blackbox. Und wir wiederholen unsere Kritik aus den Haushaltsberatungen: Es war ein Unding, die Fördermittel um 30 Mio. Euro im Doppelhaushalt zu kürzen. Hier hilft die geringe Erhöhung im Zuge des Nachtragshaushalts nicht wesentlich weiter.

Jochen Haußmann MdL
ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

Deutsche Psychotherapie in der Krise

Stell dir vor, du brichst dir das Bein. Du gehst zum Arzt, um den Bruch richten zu lassen und einen Gips zu bekommen. „Wir nehmen derzeit keine neuen Patienten an“, wimmelt dich der erste Arzt ab. Der zweite bietet dir immerhin einen Platz auf seiner Warteliste an: „Rechnen Sie mit sechs Monaten Wartezeit“. Ungläubig telefonierst du weitere Praxen ab, doch einen anderen Termin gibt es nicht.

Also wartest du auf den Termin in sechs Monaten. Du hast große Schmerzen und bist in deinem Privat- und Berufsleben stark beeinträchtigt. Statt Verständnis und Mitgefühl bekommst du von deinem Umfeld gut gemeinte Ratschläge wie: „Versuch doch mal, KEIN gebrochenes Bein zu haben. Wenn du nur genug gehst, dann wird es schon wieder.“

Als du nach sechs Monaten endlich mit deinem Arzt im Behandlungszimmer sitzt, erklärt er dir, dass durch die Verzögerung der Behandlung das Problem deutlich schlimmer geworden ist und du mit einer höheren Behandlungsdauer und schlechteren Heilungschancen rechnen musst, als wenn die Behandlung sofort erfolgt wäre.

Was wie ein bisher unveröffentlichter Roman von Kafka klingt, ist bittere Realität für viele Patienten in Deutschland. Nicht bei Knochenbrüchen, sondern bei psychischen Erkrankungen. Auf eine ambulante Psychotherapie wartet man im Durchschnitt 19,9 Wochen, also fast fünf Monate. Nicht nur ist so eine lange Wartezeit für einen kranken Menschen unzumutbar, mit der Wartezeit steigen auch die Risiken einer Verschlimmerung, Verlängerung und Chronifizierung der Erkrankung.

Wie kommt es zu diesen Zuständen? Das Problem findet sich in der sogenannten Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung – alias Planwirtschaft. Um mit Kassenpatienten abrechnen zu können, braucht ein psychologischer Psychotherapeut einen Kassensitz. Hierzu muss sein Antrag von einem Zulassungsausschuss des Planungsbereichs bewilligt werden. Dieser Ausschuss besteht je zur Hälfte aus psychologischen Psychotherapeuten und Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen. Also aus Menschen, die durch ein „Ja“ zum Antrag mehr Konkurrenz bekommen, und Menschen, die den Auftrag haben, Kosten zu drücken. Was könnte da schief gehen?

Der Ausschuss richtet sich bei seiner Entscheidung unter anderem nach den Verhältniszahlen. Diese Verhältniszahlen geben das Zielversorgungsniveau an, also wie das Verhältnis der Anzahl der Psychotherapeuten zu Bewohnern des Planungsbezirks sein sollte.

Obwohl wir uns bei Wartezeiten von fünf Monaten ganz offensichtlich in einer Situation der Unterversorgung befinden, ist in den meisten Regionen das Zielversorgungsniveau erreicht. Wie kann das sein? Ganz einfach: 1999 wurde ermittelt, auf wie viele Bewohner ein

Psychotherapeut kommt und dieses Verhältnis dann als Zielversorgungsniveau festgelegt. Unabhängig davon, ob damit der damalige Bedarf gedeckt war.

Diese von Grund auf fehlerhafte System wird den Patienten nicht gerecht und es muss dringend etwas geschehen. Drei Vorschläge:

1. Die Verhältniszahlen anpassen und Psychotherapeuten zulassen, bis die durchschnittliche Wartezeit unter drei Wochen liegt. Es gibt ausreichend approbierte Psychotherapeuten ohne Kassenzulassung, um die Versorgungslücke sofort zu schließen.

2. Das komplette System der Bedarfsplanung abschaffen und jedem approbierten Psychotherapeuten die Kassenzulassung unabhängig von der Region geben. Hierdurch könnte es passieren, dass die Städte zeitweise überversorgt und der ländliche Raum unterversorgt sind. Aber der Konkurrenzdruck in der Stadt würde auch Psychotherapeuten aufs Land bringen.

3. Die Anzahl der Patienten durch Prävention reduzieren. Die schwierigste, aber langfristig sinnvollste Methode. Hier ist die Forschung, das Gesundheitssystem, aber auch jeder Arbeitgeber und Bürger selbst gefragt. Man geht davon aus, dass bei den meisten psychischen Erkrankungen sowohl eine genetische Komponente als auch die Umweltbedingungen eine Rolle spielen. Gemeinsam können Lebensumstände geschaffen werden, die weniger Menschen psychisch erkranken lassen.

Erinnert ihr euch an das Beispiel vom Anfang? Nicht nur das Abtelefonieren der Arztpraxen und die lange Wartezeit waren belastend, sondern auch die Kommentare und das mangelnde Verständnis der Mitmenschen. Auch im Jahre 2019 sind psychische Erkrankungen noch mit einem hohen Stigma versehen. Sie werden häufig als Charakterschwäche und nicht als Krankheit ausgelegt. Wissenschaftlich ist diese Sicht absolut nicht haltbar und einer aufgeklärten Gesellschaft stünde es gut an, auch diesen Aberglauben abzulegen.

Depressionen, Angststörungen, Zwangsstörungen, Essstörungen und der ganze weitere Strauß an psychischen Störungen sind behandlungsbedürftige Erkrankungen, die jeden von uns treffen könnten. Im Laufe eines Jahres weisen alleine in Baden-Württemberg etwa 3.300.000 Menschen Symptome psychischer Erkrankungen auf. Lasst uns diesen Menschen zuhören, sie nicht stigmatisieren, sondern genauso ernst nehmen wie andere Patienten, und geben wir ihnen Zugang zu ärztlicher und psychotherapeutischer Versorgung!

Barbara Eggers ist JuLi-Mitglied in Bayern und studiert derzeit Psychologie an der Universität Bamberg.

Heilmittelerbringer

Im Jahr 2018 gingen immer wieder die Heilmittelerbringer auf die Straße, um auf die schlechte Situation dieser Berufsgruppe aufmerksam zu machen. Zu Recht. Wenn sich nicht bald an der Situation etwas ändert, wird die Versorgung der Patienten, welche einen Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten oder Podologen benötigen, in Zukunft nicht mehr sichergestellt. Das hat verschiedene Gründe. Derzeit müssen die Auszubildenden während der Ausbildung bis zu 400 Euro im Monat an Schulgeld bezahlen. Das führt dazu, dass nicht wenige Absolventen mit Schulden bis zu 20000 Euro in den Beruf starten. Viele fangen deshalb erst gar nicht mit der Ausbildung an oder brechen die Ausbildung frustriert ab. Die Konsequenz ist ein bereits bestehender Fachkräftemangel. Einige Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Bayern und Bremen haben das Schulgeld inzwischen abgeschafft. In Baden-Württemberg und NRW wurde ein Teil des Schulgeldes vom Land übernommen. Auch der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat angekündigt, dass der Bund mit den Ländern Gespräche führen wird, damit das Schulgeld flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik abgeschafft wird. An diese Versprechen muss er sich nun halten, denn die Länder können alleine die finanzielle Mehrbelastung nicht stemmen.

Der nächste Bereich, der angepackt werden muss, ist die geringe Vergütung. Auch hierzu wurden im Eckpunktepapier sowie im Terminservice und Versorgungsgesetz von Jens Spahn bereits folgende Vorschläge gemacht: „Die Anbindung der Preise für Leistungen der Heilmittelerbringer an die Grundlohnsumme wird generell aufgehoben. Bei ihren künftigen Preisverhandlungen haben die Vertragspartner auf Bundesebene den wachsenden Bedarf an einer wohnortnahen Versorgung mit Heilmittelleistungen, die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der freiberuflich tätigen Heilmittelerbringer sowie die Zahlung angemessener Arbeitsentgelte für die Angestellten in den ambulanten Praxen zu berücksichtigen. Dies gilt künftig auch für den Aufwand der Heilmittelerbringer für die notwendige Vor- und Nachbereitung der Behandlungseinheiten und die Dokumentation."

Es ist richtig, die Grundlohnsummenanbindung generell aufzuheben. Was die übrigen Vorschläge angeht, bleibt für mich die Frage weiterhin offen, was die Konsequenz für die Vertragspartner sein soll, wenn der Bedarf an wohnortnaher Versorgung, die wirtschaftlichen Interessen und der Aufwand für Vor- und Nachbereitung und Dokumentation nicht berücksichtigt wird. Das hat zur Folge, dass die Erhöhung der Preise für die Leistungen, je nach Einschätzung des Bedarfs, möglicherweise nur marginal ausfällt. Die Preise können genauso gut aber auch angemessen ausfallen.

Nach der Gesetzesvorlage soll eine gemeinsame Ausgangslage für ein neues Vertragssystem geschaffen werden. Hierfür sollen zum 1. April einmalig und bundeseinheitlich für alle Krankenkassen und Vertragsregionen die Höchstpreise für Heilmittelleistungen vereinheitlicht werden. Um dies zu erreichen, werden die Leistungspositionen bundeseinheitlich

Therapeuten demonstrieren für bessere Arbeitsbedingungen. Foto: Enrico Seppelt / www.dubisthalle.de

auf den höchsten von einer Krankenkasse in einer Region vereinbarten Preis angehoben werden. Außerdem soll die ungleiche Behandlung zwischen den Heilmittelerbringern in den verschiedenen Bundesländern beendet werden. Ab dem 1. Januar 2020 finden die Verhandlungen über die Verträge für Heilmittelleistungen ausschließlich zwischen dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV) und den Spitzenverbänden der Heilmittelerbringer statt. Es ist gut, dass an der Ungleichbehandlung endlich etwas getan wird. Es kann nicht länger der Zustand vorherrschen, dass es abhängig vom Bundesland ist, in dem man als Heilmittelerbringer arbeitet, wie viel diese Arbeit wert ist. Es ist auch zu begrüßen, dass Herr Spahn von seinem vorherigen Vorhaben, die Verhandlungen zwischen den GKV und dem Spitzenverband der Heilmittelverbände (SHV) stattfinden zu lassen, Abstand genommen hat. Ein solcher Lösungsansatz wäre rechtlich fragwürdig gewesen, da im SHV die Spitzenverbände der Logopäden nicht vertreten sind. Somit vertritt der SHV rein rechtlich gesehen nicht die Interessen der Logopäden. Wie der Gesundheitsminister seine Vorhaben im Praktischen umsetzen will, wird sich erst zeigen müssen.

Als Drittes muss das Ausbildungssystem reformiert werden. Hierbei geht es einmal um eine Reform der Ausbildungsinhalte und zum zweiten stellt sich die Frage der Akademisierung. Was die Ausbildungsinhalte angeht, müssen wir endlich dahin kommen, dass wichtige Zertifikate bereits während der Ausbildung erworben werden. Auch digitale Abrechnungssysteme und die Kenntnisse, wie eine richtig ausgestellte Verordnung auszusehen hat. Aktuell ist der Zustand

leider so, dass die Absolventen die Berufsschule mit sehr wenigen oder häufig sogar gar keinen Kenntnissen über die digitalen Abrechnungssysteme und deren Funktionsweise verlassen. Auch muss der Umgang mit digitalen Anwendungen als Unterstützung, Ergänzung und Teilersatz der Therapie gelehrt werden. Und nun zur Akademisierung: Es ist fraglich, ob eine Vollakademisierung wirklich zielführend ist. Aktuell ist die Ausbildung zu den Heilmittelberufen auch für Realschulabsolventen offen. Diesen Schülern würde im Falle der Akademisierung die Türe zu diesen Berufen verschlossen werden. Es ist sinnvoller, den bisherigen Weg, den man bei den Logopäden bereits eingeschlagen hat weiterzuverfolgen und auf die anderen Heilmittelberufe zu übertragen. Seit einigen Jahren gibt es neben der Ausbildung an einigen Universitäten die Möglichkeit, den Studiengang Logopädie zu belegen. Somit können diejenigen, die später in die Wissenschaft gehen wollen, den Studiengang belegen.

Ein letzter Bereich, in dem Verbesserungen stattfinden müssen, ist die Bürokratie. Es spricht für sich selbst, wenn ein selbständiger Heilmittelerbringer zwei Drittel seiner Arbeitszeit mit Papier verbringt und ein Drittel der Arbeitszeit den Patienten widmen kann. Das Verhältnis sollte zum Wohle der Patienten eigentlich andersherum sein. Es ist ein erster Schritt, dass die Blankoverordnung für einige Indikationen nun zur Regel werden soll. Somit besteht die Hoffnung, dass nicht mehr so viele Rezepte geändert werden müssen. Was die Forderung nach einem Direktzugang angeht, sollte man sich allerdings im Klaren darüber sein, dass in einem solchen Falle auch die Budgetierung auf die Heilmittelerbringer zukommt. Damit wären wir bei einer Maßnahme, die Herr Spahn in seinem Gesetzentwurf leider nur geringfügig in Angriff nimmt – die Abschaffung der Budgetierung. Das ist auch einer der Gründe für das teilweise auffällige Verordnungsverhalten der Ärzte. Es ist kein Wunder, dass die Ärzte beim Ausstellen von Verordnungen vorsichtiger sind, wenn sie im Falle eines Regresses horrende Strafen bezahlen müssen.

Es ist also bereits einiges in Bewegung geraten, um die Situation der Heilmittelerbringer zu verbessern, es müssen aber noch weitere Schritte erfolgen.

Laura Gareiss ist Mitglied im Kreisvorstand der JuLis Ludwigsburg und staatlich anerkannte Logopädin.

CRISPR CRISPR Cas9 – wer knuspert an meiner DNS?

Stell dir vor, du bist ein Kind, kommst auf die Welt, und stellst fest, dass du am ganzen Körper tätowiert bist. Außerdem ist mit deiner Hand eine Tätowierpistole verwachsen, und dein Kopf kriegt aufgrund eines Einbaus den Befehl nicht los, dass auch du deine Kinder vor ihrer Geburt am ganzen Körper tätowieren wirst. Obwohl die Tätowierung von deinen Eltern wohlmeinend geplant war, hat sie dich verunstaltet – erfolgloser statt erfolgreicher gemacht. Und es kommt noch schlimmer: Auch deine Nachkommen werden die Veränderung weitergeben müssen. Hättest du selbst entscheiden können, hättest du das für keinen Vorteil der Welt riskiert – aber du würdest nie gefragt, sondern im Mutterleib verunstaltet.

Dieses Gedankenexperiment ist die drastische makroskopische Analogie zu einem Kind, das nach einer Keimbahn-Gentherapie als „Desginerbaby" auf die Welt gekommen ist. So geschehen jetzt in China, und neben Bioethikern sind Genforscher schockiert, denn auch sie finden das, was Prof. Je getan hat, nicht gut. Und sie beweist sowohl, was für ein gewaltiger sozialer Sprengsatz in der Möglichkeit zu Gentherapien liegt (im Verhältnis von Eltern zu Kindern), als auch warum das Embyonenschutzgesetz Keimbahn-Eingriffe in Deutschland derzeit unter Strafe stellt. Denn wer die Erbanlagen seiner Kinder verändert, zwingt damit seinen Willen auch den Enkeln auf. In letzter Konsequenz würde dies das Ende der Selbstbestimmung bedeuten und uns Jahre zurückwerfen. Es würde uns in eine Zeit zurückschicken, in der man als Kind nicht mehr zur Selbstständigkeit erzogen wird und sukzessive immer mehr Entscheidungsgewalt über sein Leben und seinen Körper von den Vormündern zurückerhält, sondern stattdessen in einer von den Vorfahren verschandelten Welt aufwächst. Man wäre lediglich das Eigentum seiner Eltern, selbst verschandelt am Körper und – sobald man durchschaut, was gelaufen ist – auch an seiner Seele.

Die größten Bedenken werden zurecht zur Zeit gegenüber dem Ansinnen erhoben, „Designerbabies" zu schaffen – etwas, das zur Zeit zum Glück noch technisch kaum möglich ist. Dies würde über die Möglichkeit, dass reiche Menschen immer erfolgreichere Nachkommen hinterlassen, nicht nur zu einer gravierenden sozialen Spaltung führen (die „Schere", die manche linke Politiker zur Zeit überall zu erkennen meinen, wäre damit exponentiell selbstverstärkend wirklich da) – es würde auch die Leistungsgesellschaft selbst aus den Angeln heben, in der derzeit jeder aus der Mischung aus eigenen zufällig ererbten körperlichen, geistigen und finanziellen Möglichkeiten selbst das Beste für sich machen darf – aber weder zu Zielen verdonnert, noch unfair bevorzugt oder gehemmt werden darf.

Insofern ist verständlich, warum das Embryonenschutzgesetz – nach einer Enquète-Kommission des Bundestages unter Mitwirkung unserer Partei 1987, im Jahr 1991 weitsichtig verabschiedet – hier eine

klare rote Linie definiert hat. Und wie diese Linie motiviert war.

Als Postdoc in der Biochemie habe ich aus eigener Hand im Genlabor erlebt, welche ungewollten Effekte fern des Ziels die neu entdeckten Gen-Scheren CRISPR/Cas9 bewirken können. Sie sind alles andere als deterministisch genau. Aber es stimmt, dass sie die Möglichkeit eröffnen, zielgerichteter als je zuvor in die DNS einzugreifen. Dadurch eröffnen sie vorzügliche Möglichkeiten, wenn man weiß, was man tut – und was man nicht wollen sollte. Solange es um Gen-Weizen geht, habe ich damit kein Problem – haben doch auch die besten Virologen und Krebsforscher bisher nicht zeigen können, dass sich gentechnisch hergestellte Lebensmittel irgendwie negativ auf die Gesundheit auswirken. Aber genauso wie ein Weizen kein Baby ist, ist ein Baby kein Stein: Pflanzen haben weder Schmerzen noch Selbstbewusstsein. Wo die Skeptiker zu pessimistisch das Kind mit dem Bad ausschütten, sind die Optimisten unethisch sorglos.

Ebenso weiß ich aus meiner Forschung als Doktorand, dass es auf allen Ebenen der Informationsverarbeitung in Zellen Punkte gibt, wo hochkomplexe Regulation wirkt, die wir gerade erst zu verstehen beginnen. Von der DNS, die als „Kochbuch" gleichsam die Information über den Bau der Proteine sicher verwahrt, und die vielschichtigen Bedingungen ihres Ablesens – über die „Abschrift" mRNA, die als Billigkopie schnell und günstig vervielfältigt und an die vielen molekularen „Köche", die Ribosomen verteilt werden kann – bis hin zum „Koch", dem Ribosom, das für dieselbe Zutat – Aminosäuren – in Menge und Genauigkeit auf „Dialekte" Wert legt, in denen es seine Befehle erhält, weil es alle Gene gleichzeitig aber in verschiedenen Situationen gerecht bedienen muss und sich nach Angebot und Nachfrage richtet...

Die vielen Mechanismen, wie die Zelle eben nicht nur nach dem simplen Dogma „DNA wird RNA wird Protein" durchregiert, sondern in wechselnden Koalitionen das „Konzert" der Gene sich nach dem „Dirigenten" Umwelt richtet mithilfe des „Taktstocks" Biokybernetik – wir kratzen wahrhaft erst an der Spitze des Eisbergs. Genau diese verborgenen, vieldimensionalen Ebenen von Komplexität sind es aber, die die wenigen Keimbahn-optimistischen Journalisten, aber auch Mediziner und Forscher, vermissen lassen, neben dem mangelnden Nachdenken über Ethik und Selbstbestimmung der Kinder. Auch Gentherapie ist nicht Gentherapie.

Es gibt eine andere, freiheitsphilosophisch viel unbedenklichere Möglichkeit, einem Menschen zu helfen, der aufgrund nicht durchschnittlicher Gene leidet: Die somatische oder „Körperzell"-Gentherapie. Hier flitzen „Vektoren", zum Beispiel Viren, durch den Körper. Als kleine Helfer bringen sie neue Gene ans Ziel, aber nur in die aufbauenden funktionalen Zellen des Körpers. Die Gene der Samen und Eizellen bleiben, wie sie sind. Der große Vorteil ist, dass man sowohl einen Patienten durch Veränderung seiner DNA heilen kann, als auch seinen Nachkommen die eigenen Entscheidung lassen.

Auch die somatische Gentherapie ist nicht ohne Risiken, wie der tragische Tod von Jesse Gelsinger 1999 zeigt. Hier wurde aus meiner Sicht unverantwortlich eine relativ geringe Krankheit aus Geltungssucht und Profitgier unnötig zu verschlimmbessern versucht. Ein Vorfall, der zeigt, dass bei hochkomplexen

Entscheidungen die etablierten Regeln für Heilversuche und Arzneimittelstudien, wie sie die Good Clinical Practice for the International Clinical Harmonisation (ICH-GCP) und das Arzneimittelgesetz (AMG) zurecht als Folge aus den Verbrechen der Nazi-Ärzte in KZs und dem tragischen Contergan-Skandal der jungen Bundesrepublik streng definiert haben, richtig und wichtig für den Schutz der Patienten vor unethischer Behandlung und Gefahr, aber auch zum Schutz der Forschung vor Fälschung sind.

Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: Theoretisch könnte man durch Keimbahn-Gentherapie einen Patienten „vorladen", der eine „schlummernde" Heilung trägt, aber erst durch Einnahme einer Pille freiwillig „auslösen" kann – oder es lassen. Das System nennt sich Cre/lox und steht genau zwischen den alten „Scheren" Restriktionsendonuklease und CRISPR. Aber auch hier wäre nur die Selbstbestimmung in Bezug auf die Heilung des Körpers gewährleistet, nicht in Bezug auf die Unverändertheit der Abstammung – die Frechheit, nach dem Gutdünken der Eltern schon verändert auf die Welt gekommen zu sein, obwohl man lieber die alten Gene gehabt hätte, bliebe bestehen – mit allen Restrisiken.

Insofern finde ich es löblich, dass die JuLis Baden-Württemberg sich in einem Antrag des LAK Gesundheit kritisch mit dem Status quo, aber auch der Zukunft auseinandergesetzt haben. Er rät aus den oben genannten Risiken grundsätzlich dringend davon ab, die Keimbahn-Gentherapie anzustreben, und empfiehlt ausdrücklich die somatische Gentherapie. Lediglich für einen schwierig abzuwägenden Grenzfall können sich die JuLis vorstellen, doch das Embryonenschutzgesetz anzutasten: Wenn ein nicht-lebensfähiger Embryo so lebensfähig gemacht, oder eine schwerste geistige oder körperliche Behinderung vermieden werden soll. Zumindest von der Abwägung zwischen Chance und Risiko für den Patienten eine vielleicht gerade noch so tragbare Überlegung – solange, und das sage ich deutlich, solange es dabei bleibt, und niemals eine „Verbesserung" erlaubt wird. Und nur solange uns allen klar ist, dass Respekt für Behinderte uns Hilfsbereitschaft für sie bleiben müssen, auch und gerade wenn Nachgeborene mit derselben Anlage gesund aufwachsen können aber nicht müssen – und wenn niemand zu einer Therapie gezwungen oder überredet wird. Persönlich denke ich allerdings, weil all dies leider auch Jahrzehnte nach den Eugenik-Verbrechender „Euthanasie" immer noch nicht selbstverständlich ist, dass die Befürworter einer roten Linke mit Angst vor einem Dammbruch bei Ausnahmen Recht haben – und dass wir das Embryonenschutzgesetz zu unseren Lebzeiten besser nicht einmal in Ausnahmefällen antasten sollten.

Dr. Wolf Hirschmann ist Ombudsperson der JuLis Baden-Württemberg und studierter Biochemiker.

Die private Krank
Pro und

Linus Kretschmer ist Schüler und Beisitzer im Kreisvorstand der JuLis Rhein-Neckar.

Einer der häufigsten Kritikpunkte, der genannt wird, wenn es um private Krankenversicherungen geht, ist, dass das Vorhandensein von privaten und gesetzlichen Versicherungen auf lange Sicht zu einer Spaltung in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft führen würde.

Natürlich lässt es sich schwer abstreiten, dass Privatversicherte und gesetzlich Versicherte unterschiedlich intensiv behandelt werden, allerdings gilt dies nicht bei Notfällen. Im Notfall wird kein Arzt, der sich wirklich der Heilung des Menschen verschrieben hat, einen Patienten nur auf Grund der Tatsache bevorzugen, wie der Patient versichert ist. Anders ist die Sache bei normalen Untersuchungen, hier erhält die besser zahlende Person eine ausgiebigere Behandlung. Ein Prinzip, welches in Servicebereichen gang und gäbe ist.

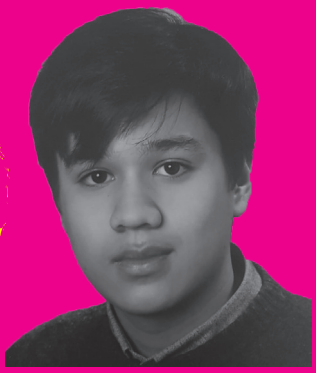
Versteht mich nicht falsch, natürlich ist ein Arzt nicht einfach eine Servicekraft, aber da es sich bei Routineuntersuchungen etc. nicht um Notfälle handelt, ist eine unterschiedliche Art der Behandlung für eine höhere Bezahlung absolut legitim. Jeder wünscht sich, nach einer langen Krankheit schnell wieder gesund zu werden. Eine gute medizinische Versorgung und die freie Wahl der Behandlungsmethoden sind die Voraussetzungen dafür.

Ein weiterer Vorteil ist, dass es bei vielen privaten Krankenversicherungen die Möglichkeit gibt, Altersrückstellungen individuell zu bestimmen, um somit die im Alter auftretenden höheren Beiträge bereits in jungen Jahren bezahlen zu können.

Jeder kennt es oder hat es schon einmal zum Beispiel von den Eltern oder Großeltern mitbekommen: Der körperliche Zustand verschlechtert sich mit dem Alter und es werden häufige Arztbesuche nötig, welche die Krankenversicherungen über die Beiträge finanzieren. Durch die Möglichkeit der individuellen Altersrückstellungen kann man also bereits für die Zukunft denken und diese Beiträge zahlen, wenn man noch jung ist und das Geld hat und nicht erst, wenn man im Alter vielleicht sowieso nicht so viel Geld übrig hat.

Das waren jetzt nur zwei Argumente von vielen. Natürlich ist das Zusammenspiel beider Versicherungstypen ausbaufähig, allerdings sollten wir als eine liberale Jugendorganisation den Leuten die Möglichkeit geben, frei zu entscheiden, wie sie sich versichern wollen.

kenversicherung: l Kontra



Chris Dörsam ist ebenfalls Schüler und JuLi-Mitglied im Kreisverband Mannheim.

Wer in Deutschland die bestmögliche medizinische Versorgung genießen will, lässt sich in der Regel privat versichern. Privilegien wie die freie Ärztewahl, die Chefarztbehandlung oder die zum Teil schnelleren Termine und Wartezeiten machen diese, neben den vermeintlich finanziellen Vorteilen, nämlich sehr attraktiv. Patienten, die hingegen eine gesetzliche Krankenversicherung haben, müssen sich mit einer Mindestversorgung zufriedenstellen, welche sich in der Praxis durch ihre langsamere Terminvergabe und eingeschränkte Behandlung kennzeichnet.

So ist es durchaus legitim und nachvollziehbar, wenn vor allem gesetzlich versicherte Bürger diesen Zustand kritisieren und die Notwendigkeit dieser Unterteilung in privater und gesetzlicher Krankenversicherung hinterfragen. Denn sobald Patienten nicht mehr als zu behandelnde Personen angesehen werden, sondern als Vermögenswerte, welche finanziell lukrativer sind, geraten wir als Gesellschaft in eine Richtung der Zweiklassengesellschaft, bei der nicht jeder Patient gleich viel wert ist, sondern an seinem Potential, Geld zu generieren, bemessen wird.

Dies hat auch Folgen für Privatpatienten, da diese potentiell unwillkürlich überversorgt werden. Ein Beispiel hierfür wäre die unterschiedliche Behandlung von Privat- und Kassenpatienten in Krankenhäusern. Für den Kassenpatienten steht pro Krankheitsbild ein fester Betrag zur Verfügung, welcher am Ende für die Behandlung gezahlt wird. Ist dieser Betrag verbraucht, macht das Krankenhaus einen Verlust, welcher wieder durch Privatpatienten eingeholt werden muss. Diese zahlen nämlich genau so viel, wie die Behandlung letzten Endes gekostet hat. Auch stellt die private Krankenversicherung für besonders junge Menschen eine Falle dar, da private Krankenversicherungen meist als „geldsparend“ angepriesen werden. Dies ist aber eine sehr falsche Vorstellung, denn eine überdurchschnittlich gute medizinische Versorgung für wenig Geld ist nun mal unrealistisch. So kann es sein, dass viele junge Menschen unzureichend informiert in die private Krankenversicherung eintreten und sich bei der Tarifwahl wundern, wo denn das Versprechen der kostengünstigen Versicherung geblieben ist.

So bin ich persönlich der Meinung, dass eine private Krankenkasse nicht förderlich ist für unsere moderne Gesellschaft und wir stattdessen nach einer qualitativ hochwertige Versorgung aller Menschen streben sollten.

Dreikönig – Das liberale Familientreffen

Dreikönig – das ist die Zeit für unser liberales Familientreffen, gleichermaßen Jahresauftakt, erste Aufmerksamkeit und deutschlandweite Vernetzung. Und zunehmend auch die Zeit für uns JuLis.

Denn erstens kommen aufgrund des Praxisseminars vom Bundesverband auch Junge Liberale aus ganz Deutschland zum Dreikönigstreffen, zweitens sind wir beim traditionellen Dreikönigs-Landesparteitag inzwischen personell und programmatisch stark vertreten und drittens erreichen unsere Aktionen am Rande des Dreikönigstreffens inzwischen breite mediale Aufmerksamkeit. Das Praxisseminar mit vielfältigen Weiterbildungsmöglichkeiten ist inzwischen zur festen Institution im Jahreskalender geworden. Egal ob Programmatik oder Öffentlichkeitsarbeit, Organisation oder Schatzmeistertum: Hier kommt jeder auf seine Kosten – ob mit Diskussionen zum Europawahlprogramm oder einem Vortrag einer Instagram-Influencerin. Neu: Dieses Mal gab es sogar einen Workshop zu Konfliktmanagement, der sich insbesondere an Ombudspersonen richtete – oder solche, die es noch werden wollen.

Damit wären wir auch schon direkt beim Landesparteitag am 5. Januar in Fellbach. Denn die ersten Anträge, die wir hier durchgebracht haben, waren Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge zur Einführung einer Ombudsperson bei der FDP Baden-Württemberg. Wir finden, dass sich das Konzept bei den JuLis und auf Bundesebene der FDP bewährt hat: Einerseits die Kontrolle, dass sich der Vorstand auch an die Beschlusslage hält, andererseits ein erster Ansprechpartner für Konflikte.

Danach ging es erst richtig los: Nach den üblichen Reden und einer unerwartet zügigen Diskussion über das Rahmenprogramm zur Kommunalwahl wurden noch ungewöhnlich viele weitere Anträge diskutiert. Für uns JuLis ging es da zeitweise Schlag auf Schlag, insgesamt sechs inhaltliche Anträge von uns wurden angenommen – das dürfte Rekord sein. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil unser Vorsitzender Valentin Abel in der Aussprache hart mit dem Landesverband ins Gericht ging – so hart, dass die Stuttgarter Zeitung hinterher titelte: „Ein JuLi bürstet gegen den Strich“.

Als erstes war da unser Antrag „Lehrer sind keine Saisonarbeiter“. Dass dieser ganz am Anfang behandelt wird, wussten wir bereits vorab: Auf unsere Initiative hin hat die FDP Baden-Württemberg erstmalig ein vorgezogenes Online-Alex-Müller-Verfahren getestet, durch das die ersten zwei Anträge von allen Mitgliedern bestimmt werden konnten. Dass es einfach respektlos den Lehrern gegenüber ist, wenn befristet angestellte nur Verträge bis Juli bekommen und dann den August arbeitslos verbringen, weil die neuen Verträge erst im September starten, ist wahrscheinlich für jeden verständlich – außer für unsere Landesregierung.

Auf Platz 2 des vorgezogenen Verfahrens landete ein Antrag von unserem JuLi-Mitglied Benjamin Strasser MdB zur Föderalismusreform – ebenfalls angenommen. Beim Alex-Müller-Verfahren auf dem Parteitag dann die nächste freudige Überraschung: Wieder konnten wir uns Platz 1 sichern, dieses Mal mit unserem Antrag „Keine Kennzeichenüberwachung für Fahrverbote!“ Die Jungen Liberalen setzen sich bereits seit 18 Jahren gegen eine automatisierte Kennzeichenüberwachung ein. In Kombination mit dem Reizthema Fahrverbote konnten wir nun auch die FDP Baden-Württemberg davon überzeugen, dass diese tatsächlich keine gute Idee ist – der Landesvorsitzende Michael Theurer MdB hatte in diesem Zusammenhang von einem „grün lackierten Überwachungsstaat“ gesprochen.

Ohne jede Diskussion wurden unsere nächsten beiden Anträge angenommen: „Gebührenfreier Personalausweis“, den wie schon beim Bundeskongress Alena Trauschel für uns begründete, und „Wohnraum für alle“. Letzterer entspricht bis auf die Überschrift unserem Antrag „Schaffe schaffe Häusle baue“ – dieses Mal ohne Potential für innerschwäbische Etymologiedebatten. Gerade nachdem die Generalsekretärin Judith Skudelny in ihrer Rede und in der Begründung des Kommunalwahlprogramms bereits einige Punkte aufgegriffen hatte, durften wir uns über breite Unterstützung freuen.

Nächster JuLi-Antrag auf der Agenda war ein Dringlichkeitsantrag gegen die sogenannte „Automatische Steuererklärung“, die der für Steuern zuständige

Vize der Bundestagsfraktion Christian Dürr vorgeschlagen hatte. Eine massive Ausweitung der Datenspeicherung beim Finanzamt halten wir aus Datenschutzgründen für nicht besonders liberal. Obwohl uns viele Delegierte inhaltlich zustimmten, entschied sich der Parteitag letztlich für die Verweisung an den Landesfachausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik. Verständlich – will man doch vor der Aufstellung der Bundesliste für das Europaparlament am 27. Januar keine größeren Konflikte mit anderen Landesverbänden riskieren.

Unseren nächsten JuLi-Antrag „Sicherheit in der Informationstechnik" brachte für uns Timo Breuninger ein – hier geht es darum, dass es europäische Mindeststandards für IT-Produkte geben soll, denen sich Hersteller freiwillig verpflichten können; ähnlich wie beim CE-Siegel. Nach kleineren redaktionellen Änderungen war auch dieser Antrag unstrittig. Gleiches gilt für „Menschenrechte sind nicht verhandelbar, Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien stoppen!": Auch die FDP Baden-Württemberg ist der Meinung, dass Waffenexporte in ein Krisengebiet mit noch dazu katastrophaler Menschenrechtslage einfach nicht okay sind.

Nach diesem historisch erfolgreichen Parteitag gingen wir guten Mutes zu unserer traditionellen Dreikönigsaktion am Morgen des 6. Januar. Unter dem Motto „Keine Palmen nördlich von Stuttgart" demonstrierten wir dafür, dass einerseits eine technologieoffene, globale und marktwirtschaftliche Klima- und Umweltpolitik verfolgt wird und andererseits die FDP Klima- und Umweltschutz stärker in den Vordergrund rückt.

Genau dies kündigte Christian Lindner bei seiner Rede dann auch an. Auch sonst kann man mit seinem Auftritt aus JuLi-Sicht mehr als zufrieden sein: Keine Anflüge von Dogwhistling oder Anbieterung an Merz-Wähler, sondern eine durch und durch liberale Themensetzung. Eine Agenda für die Fleißigen – die aber eben sehr breite Bevölkerungsschichten abholt. Eine Agenda für gesellschaftliche Liberalität, für Selbstbestimmung. Überraschend war vor allem die Forderung nach der ersatzlosen Abschaffung des § 219a StGB – bei den JuLis Beschlusslage, bei der FDP bisher heiß umstritten. Wer es verpasst hat: Unbedingt auf YouTube noch anschauen – es lohnt sich! Viel perfekter kann das Dreikönigswochenende kaum laufen. Ich freue mich schon auf nächstes Jahr!

Roland Fink ist stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik und Leiter eines Abgeordnetenbüros.

Das Landesprogrammatische Wochenende

Vom 7. bis zum 9. Dezember 2018 war es wieder soweit und die Jungen Liberalen Baden-Württemberg haben sich zu ihrem Landesprogrammatischen Wochenende im schönen Triberg im Schwarzwald getroffen. Thema des Wochenendes war der Extremismus durch Linke, Rechte und extreme religiöse Gruppen. Dass unmittelbar nach diesem Wochenende ein islamistischer Anschlag in Straßburg stattfand und der mutmaßliche Attentäter auch in Baden-Württemberg verurteilt worden ist, zeigt die traurige Aktualität des Themas. Auch die Vorfälle beim G20-Gipfel in Hamburg sowie in Chemnitz sind nicht vergessen. Die Jungen Liberalen wollen hierzu Antworten liefern und Konzepte entwickeln und haben das LPW für einen fachlichen Austausch genutzt.

Das Treffen wurde direkt mit einer Videokonferenz mit dem FDP-Landesvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Michael Theuer eröffnet. Die JuLis diskutieren mit ihm über die Wahl von AKK zur Vorsitzenden der CDU, den UN-Migrationspakt und seine persönlichen Erfahrungen zum Thema Extremismus im Deutschen Bundestag.

Darauf folgte ein Vortrag zum Thema Rechtsextremismus durch Jens Jungmann, der die komplizierten Codes und geheimen Zeichen der rechten Szene eröffnet. Auch wurden verschiedene Zahlensymbole und ihre Bedeutung erklärt. Im Anschluss saßen alle noch beisammen und diskutierten insbesondere die Wahl von AKK und die Folgen für Deutschland und die FDP.

Am Samstag folgte durch Tician Boschert und Domenico Burkart eine

wissenschaftliche Einführung in das Thema Extremismus. Nach dem Mittagessen begrüßten die JuLis dann den Referatsleiter vom Landesamt für Verfassungsschutz Herrn Dr. Müller. Mehr als 2 Stunden diskutierten sie mit ihm über Salafismus und die Arbeit des Verfassungsschutzes.

Im Anschluss folgte ein Telefonat mit dem Justizminster a.D. Prof. Dr. Goll. Hier wurde besonders über das Thema Verfassungsschutz und über aktuelle politische Themen gesprochen.

Darauf folgte mit dem Abendessen und der Weihnachtsfeier der gemütliche Teil des Wochenendes. Hier konnte freudig der Nikolaus begrüßt werden.

Am Sonntag wurde vor dem Abschluss nochmal Maßnahmen und Ziele der JuLis besprochen, die als Ergebnis dieses Wochenende gesammelt wurden, um auch zukünftig eine starke Stimme gegen Extremismus in Deutschland zu setzen. Es wartet viel Arbeit auf die Mitte der Gesellschaft und auf die Jungen Liberalen.

Benedikt Eisele ist stellvertretender Vorsitzender für Organisation im Kreisverband Ortenau.

Einladung zum 75. Landeskongress am 9. und 10 März in Schwäbisch Hall

Liebe JuLis,

zum 75. Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg und unserem Workshop-Tag lade ich euch herzlich ein.

Wann?	**9. – 10. März 2019**
Wo?	**Neubausaal Schwäbisch Hall** **Rosenbühl 14** **74523 Schwäbisch Hall**

Anmelden könnt ihr euch bald auf unserer Website **www.julis-bw.de**.
Ich freue mich auf euch!

Beste Grüße,
Euer Landesvorsitzender Valentin

Ablauf und Tagesordnung

Workshoptag und Neumitgliederseminar

Am 9. März finden vormittags **von 9-11 Uhr** verschiedene Workshops statt. Auch dieses Mal wird wieder eine große Bandbreite an Themen vertreten sein. Die Workshops werden geleitet von den LAK-Leitern, es wird dabei um die Antragsvorbereitung und die Erstellung von Änderungsanträgen gehen.

Die Workshops finden ebenfalls im **Neubausaal** statt. Ein genauer Raumplan wird aushängen. Zeitgleich findet im selben Gebäude ein **Neumitgliederseminar** statt. Alle Neumitglieder sind hierzu herzlich eingeladen, die JuLis und ihre Strukturen noch besser kennenzulernen.

Sitzung des erweiterten Landesvorstands

Der erweiterte Landesvorstand tagt am Vorabend des Landeskongresses am **8. März um 19 Uhr,** im Gasthof „Goldener Adler" (Am Markt 11, 74523 Schwäbisch Hall). Die Sitzungen des erweiterten Landesvorstandes sind mitgliederoffen, du bist also herzlich eingeladen zu kommen!

Tagesordnung

Samstag

Check-in ab 9 Uhr

11 Uhr	Beginn des Kongress
TOP 1	Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden
TOP 2	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
TOP 3	Bericht der Wahlprüfungskommission
TOP 4	Wahl des Tagungspräsidiums, der Protokollanten und der Zählkommission
TOP 5	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 6	Festlegung der Antragsreihenfolge
TOP 7	Grußworte
TOP 8	Satzungsänderungsanträge
TOP 9	Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden
TOP 10	Rechenschaftsbericht der stellvertretenden Vorsitzenden für Finanzen
TOP 11	Rechenschaftsbericht der Ombundsperson
TOP 12	Bericht der Kassenprüfer

Unterbrechung des Kongresses gegen 18:30 Uhr

Sonntag

Fortsetzung ab 10 Uhr

TOP 13	Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 9 – 12
TOP 14	Entlastung des Landesvorstandes
TOP 15	Wahl des Landesvorstandes
TOP 16	Wahl einer Ombundsperson
TOP 17	Wahl der Kassenprüfer
TOP 18	Wahl der Wahlprüfungskommission
TOP 19	Antragsberatung
TOP 20	Termine und Ankündigungen
TOP 21	Sonstiges
TOP 22	Schlusswort des/der neuen Landesvorsizenden

Anträge können bis zum 15. Februar 2019 eingereicht werden unter:
http://julis-bw.antragstool.de/mitglieder/antrag-einreichen/

Termine

01.03.2019 | Female Future Forum mit den JUNOS in Berlin

08.03.2019 | Sitzung des erweiterten Landesvorstands in Schwäbisch Hall

09. – 10.03.2019 | 75. Landeskongress der JuLis BaWü in Schwäbisch Hall

12. – 14.04.2019 | 58. Bundeskongress der JuLis in Bremen

14. – 16.06.2019 | Politisch-programmatisches Wochenende der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach

DEIN FEEDBACK

Wie hat dir die Juliette gefallen?
Was ist deine Reaktion auf das Heft?
Feedback kannst du jederzeit gerne an goelz@julis-bw.de schicken oder auf der Facebookseite der Juliette hinterlassen!

junge liberale
Baden-Württemberg